

Krisenherd Osteuropa: Deutschland plant massive Rüstungssteigerung!

NATO, EU und Russland im Konflikt:
Verteidigungsausgaben steigen, Wohnungsmangel in Deutschland verschärft sich. Aktuelles vom 16.03.2025.

Berlin, Deutschland - Die geopolitischen Spannungen zwischen der NATO, der EU und Russland haben sich aufgrund der Osterweiterungspolitik erheblich verschärft. Laut **Unser Mitteleuropa** stehen bestehende Verträge, wie der Trennungsvertrag zwischen Russland und der Ukraine sowie die Minsker Verträge, zur Disposition. Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zu bedenken gegeben, dass Minsk II nicht eingehalten werden sollte, um der Ukraine Zeit zum Aufrüsten zu geben. Diese Äußerungen spiegeln wider, dass der Ukrainekrieg zunehmend als vom Westen provoziert angesehen wird, während Russlands Reaktion vehement als „Aggression“ eingeordnet wird.

Um diesem sicherheitspolitischen Druck zu begegnen, plant die Bundesregierung, die Verteidigungsausgaben von 53,5 Milliarden auf 80 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen. In den kommenden zehn Jahren sollen sogar rund 300 Milliarden Euro für die Bundeswehr mobilisiert werden. Aber geben kritische Stimmen in der Politik zu bedenken, dass eine solche Erhöhung möglicherweise unnötig oder gar gefährlich ist. Sie warnen vor einem möglichen Wettrüsten und der Eskalation der Situation mit Russland, insbesondere wenn man die direkten Vergleichszahlen im Verhältnis zu Russland heranzieht.

Verteidigungsausgaben im Fokus

Eine aktuelle Analyse zeigt, dass die NATO-Staaten im Jahr 2023 insgesamt 1.341 Milliarden USD für Verteidigung ausgaben, während Russland lediglich 109 Milliarden USD aufwendet. Das Verhältnis der Verteidigungsausgaben der NATO zu Russland liegt in der Kaufkraftparität bei 4:1, und ohne die USA sogar unter 2:1. Diese Zahlen werfen Fragen zur Notwendigkeit einer deutlichen Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben auf, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass die Bundeswehr in den letzten Jahrzehnten den Auftrag zur Landesverteidigung vernachlässigt hat. Um diese Mängel zu beheben, sind massive Investitionen unabdingbar.

In einem weiteren Aspekt der nationalen Planung wird deutlich, dass die Bundesregierung pro Jahr etwa 30 Milliarden Euro für Rüstungsprojekte einplant, während lediglich rund 1 Milliarde Euro jährlich für Wohnbauförderung bereitgestellt wird. Die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt ist angespannt, vor allem in großen Städten. In den letzten fünf Jahren sind die Mietpreise in Städten wie München und Berlin um bis zu 40 Prozent gestiegen, was die Bezirke unter Druck setzt. Für eine 70 Quadratmeter große Wohnung in diesen Städten werden häufig Mieten von etwa 1400 Euro fällig.

Der Wohnungsmarkt und soziale Herausforderungen

Der Wohnungsbedarf in Deutschland ist enorm, da aktuell 700.000 Wohnungen fehlen. Die Ursachen für den Wohnungsmangel sind vielfältig. Zum einen sind die Zuzüge in die Metropolen zu nennen, zum anderen der fehlende Bau von Sozialwohnungen und die hohen Baukosten, die mittlerweile bei über 5.000 Euro pro Quadratmeter für Neubauten liegen, während Grundstückspreise zwischen 1.000 und 2.000 Euro pro Quadratmeter schwanken. Laut **IPG Journal** zeigen sich die Auswirkungen dieser Politik in der Halbierung des Bestands an Sozialwohnungen zwischen 2006 und 2019 auf nunmehr 1.137.166 Einheiten.

Der Berliner Mietpreisdeckel, der als verfassungswidrig eingestuft wurde, hat in der Stadt dazu geführt, dass das Angebot an Mietwohnungen um dramatische 58 Prozent zurückgegangen ist. Ein Volksentscheid im Jahr 2021 forderte die Enteignung von Wohnraum, was die tiefen Risse im deutschen Wohnungsmarkt aufzeigt. In diesem Kontext wird auch über eine geschlechterneutrale Wehrpflicht nachgedacht, um den Wohnungsbedarf zu decken.

Details	
Vorfall	Konflikt
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.unser-mittleuropa.com• www.ipg-journal.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de